Die UNO-Frage : bis 2003 soll die Schweiz UNO-Mitglied werden

Autor(en): **Amstutz, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **28 (2001)**

Heft 3

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-911020

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bis 2003 soll die Schweiz UNO-Mitglied werden

VON PETER AMSTUTZ

Zu den Dauerbrennern der Bundespolitik gehört auch die Frage des Beitritts der Schweiz zu den Vereinten Nationen (UNO). Doch noch in dieser Legislatur bis Ende 2003 soll sich, falls eine Mehrheit von Volk und Ständen Ja sagt dazu, endlich erfüllen, was Bundesrat und Bundesversammlung gemeinsam anstreben.

Keystone

Ogi in New York: Zum ersten Male betrat beim UNO-Millenniumsgipfel im September 2000 ein Schweizer Bundespräsident das Rednerpult der UNO-Generalversammlung.

IM MITTLERWEILE VIERTEN «Bericht über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der UNO» (nach 1969, 1971 und 1977) vom 1. Juli 1998 steht: «Der Bundesrat hält fest, dass er das strategische Ziel der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zum politisch frühestmöglichen Zeitpunkt erreichen möchte.» Seit dem 1. März 2000 liest man auch in der Legislaturplanung für die Jahre 1999–2003: «Der Bundesrat will die Schweiz in dieser Legislaturperiode in die UNO führen.»

Erster Beitrittsversuch 1986

Ob die Schweiz der UNO beitreten oder ihr als «immerwährend» neutraler Staat (siehe Kasten) besser fernbleiben soll, diese Frage wird seit Ende des Zweiten Weltkriegs erörtert. 1945 meinte eine Expertenkommission, der Beitritt sei wünschbar – aber der Bundesrat verzichtete auf weitere Bemühungen, weil gegenüber den Verpflichtungen der UNO-Charta kein ausdrücklicher Neutralitätsvorbehalt der Schweiz angebracht werden konnte. 1981 kam der Bundesrat zum Schluss, unter den «nachhaltig veränderten Bedingungen» sei ein formeller Neutralitätsvorbehalt überflüssig. Doch am 16. März 1986 sagten 75,7 Prozent der Stimmenden Nein zum UNO-Beitritt; in keinem einzigen Kanton wurde eine Ja-Mehrheit ausgezählt. Das siegreiche gegnerische Komitee organisierte sich darauf als «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (Auns; Präsident Christoph Blocher, Zürich) für nächste Auseinandersetzungen.

Dass das Thema nun wieder auf die Traktandenliste kommt, geht auf Bemühungen der SP-Nationalräte Andreas Gross (Zürich) und Remo Gysin (Basel) zurück, die am 6. März 2000 auf der Bundeskanzlei eine Volksinitiative mit 124 772 Unterschriften «für den Beitritt der Schweiz zur UNO» einreichten. Ein vom Bundesrat durchgeführtes Vernehmlassungsverfahren zeigte, dass von breitem Widerstand gegen eine UNO-Mitgliedschaft nicht mehr die Rede sein kann.

Aktive Präsenz

Seit dem 4. Dezember 2000 liegt die Botschaft des Bundesrates zur UNO-Beitrittsinitiative beim Parlament. Im wesentlichen wird dort dargelegt, dass der seit 1948 andauernde Beobachterstatus in der weltumspannenden Organisation der 189 Staaten, der einzig die Schweiz und der Heilige Stuhl (Vatikan) noch nicht beigetreten sind, keine wirksame Interessenwahrung und Mitarbeit zulasse: «Die internationale Stellung der Schweiz verlangt nach einer aktiven Präsenz. Das Abseitsstehen kann weder politisch noch rechtlich oder wirtschaftlich begründet werden.» Letztlich ergebe sich daraus nur ein unnötiger Verschleiss von Ressourcen. Eine wirklich nachhaltige multilaterale Interessenwahrung der Schweiz erachtet der Bundesrat künftig nur durch gleichberechtigtes Mitmachen der Schweiz für erreichbar.

Zu den weiteren Überlegungen gehört auch die Tatsache, dass die Schweiz mit Genf den Europa-Sitz der UNO mit total etwa 11 000 Beschäftigten sowie jährlich rund 80 000 Besuchern (Delegierten) beherbergt. Doch nicht buchhalterische Gesichtspunkte, sondern aussenpolitische Argumente sollen die nächste UNO-Volksabstimmung prägen, hofft der Bundesrat: «Der UNO-Beitritt unterstreicht den Willen der Schweiz, an der internationalen Politik solidarisch mitzuwirken und auf weltweite, sie direkt berührende Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Die Schweiz kann sich uneingeschränkt hinter die Ziele der UNO-Charta stellen. Sie kann den Bestimmungen Folge leisten, ohne die Neutralität aufzugeben.»

Weitere Informationen unter:
www.uno.admin.ch

Ohne Angst um Neutralität

Zu den «Einzelfragen von besonderer Bedeutung für die Schweiz» zählt der Bundesrat auch die Neutralität. Dazu steht in der UNO-Botschaft: «Die Neutralität wird durch die UNO-Mitgliedschaft nicht beeinträchtigt. Eine Verpflichtung zur Entsendung von Truppen für militärische Missionen entsteht aus dem Beitritt nicht. Die UNO respektiert die Neutralität von Mitgliedstaaten.»

Um alle Zweifel zu beseitigen, beabsichtigt der Bundesrat, bereits im Beitrittsgesuch auf die Beibehaltung der Neutralität ausdrücklich hinzuweisen. Dieser Hinweis soll bei der ersten UNO-Generalversammlung wiederholt werden.

Peter Amstutz ist langjähriger Bundeshaus-Redaktor der Basler Zeitung.

Die Schweiz – nach allen Seiten offen

VON PABLO CRIVELLI

Als kleines, prosperierendes Land im Herzen des europäischen Kontinents lebt die Schweiz vom Kontakt und Austausch mit dem Ausland und von dessen vielfältigen Einflüssen. Diese Offenheit hat die helvetische Identität geprägt.

MIT DEM BEKENNTNIS, ganz verrückt nach roher Speise zu sein, kann man heutzutage niemanden mehr schockieren. Sushi, das traditionelle japanische Gericht aus rohen Fischhäppchen, hat sich inzwischen schon so sehr im schweizerischen kulinarischen Panorama etabliert, dass gewisse Lebensmittelläden bereits Sushi-Lunchbags für den schnellen Verzehr in der Mittagspause anbieten.

Lebendige Kulturen

Dass «exotische» kulinarische Spezialitäten sich einen Platz auf unserer Menükarte erobern konnten, ist eines von vielen Beispielen der wachsenden kulturellen «Kontaminierung» zwischen zwei auch weit voneinander entfernten Gesellschaften. Es handelt sich dabei nicht um ein neues Phänomen: Anlässlich einer von der interamerikanischen Bank für Entwicklung mit Sitz in Washington organisierten Tagung fragte sich der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa, ob wohl je Kulturen existiert hätten, die während Jahrhunderten unverändert geblieben seien. Wohl kaum, ist der Schriftsteller überzeugt, mit Ausnahme einiger isolierter Stammesvölker, die immer auch Gefahr liefen, auszusterben.

Mit seinen Aussagen wollte Llosa gegen all jene polemisieren, welche äussere Einflüsse als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität verteufeln. Der südamerikanische Intellektuelle findet diese Haltung nebulös, oftmals dem Vorzimmer des Nationalismus entspringend und zu allgemein, um der einzigen Identität Rechnung zu tragen, die in seinen Augen wirklich zählt: jener des einzelnen Individuums mit seinen zahllosen Facetten. Llosa ist davon überzeugt, dass die gefürchtete Globalisierung nicht notwendigerweise das Ende der so genannten Minderheitenkulturen bedeutet, wie etwa das Wiedererstarken der sprachlichen Regionalismen in Spanien und Frankreich beweist. Mit Sicherheit, so Llosa, wird die Welt in